

Landkreis Vorpommern-Rügen

Der Kreistagspräsident



Niederschrift über die 7. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 13. Oktober 2025

Sitzungsraum: Kulturhaus "Treffpunkt Europas", Heinrich-Heine-Straße 1a
in 18507 Grimmen

Sitzungsdauer: 17:00 - 20:38 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglied

Herr Dr. Ing. Alexander Badrow
Frau Ute Bartel
Herr Maik Bowitz
Herr Ulf Braum
Frau Wenke Brüdgam
Herr Jörg Burwitz
Herr Carlos Dias Rodrigues
Herr Christian Ehlers
Herr Mirk Ewert
Herr Frank Fanter
Herr Jörg Fiedler
Herr Harry Glawe
Frau Sandra Graf
Herr Martin Graupner
Herr Christian Griwahn
Herr Torsten Grundke
Herr Holger Gutzmann
Herr Thomas Haack
Frau Nicole Halle
Frau Beatrix Hegenkötter
Herr Benjamin Heinke
Herr Frank Ilchmann
Herr Marco Jahns
Frau Dr. Carmen Kannengießer
Herr Michael Kasch
Frau Kerstin Kassner
Herr Detlef Kegel
Frau Anett Kindler
Herr Siegfried Klein
Herr Holger Kliewe
Herr Sebastian Koesling
Herr Andreas Kuhn
Frau Josefine Anika Kümpers

Herr Armin Latendorf
Herr Tino Leipold
Herr Mathias Löttge
Herr Heiko Miraß
Herr Marvin Müller
Herr Thomas Naulin
Herr Dirk Niehaus
Herr Thomas Pauketat
Herr Michael Philippen
Herr Thoralf Pieper
Frau Julia Präkel
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Jens Radtke
Herr Gerd Scharmberg
Herr Jarod Schilke
Frau Dr. Doris Schmutzer
Herr Karsten Schneider
Herr Maximilian Schwarz
Herr Dario Seifert
Herr Tommy Thormann
Frau Heike Völschow
Frau Simone Wagner
Herr Andi Wallis
Herr Danilo Wessel
Frau Susann Wippermann
Frau Birgit Wismer
Herr Dr. Ronald Zabel
Frau Andrea Zachow
Herr Kevin Zenker
Frau Anita Zimmermann
Herr Christian Zorn

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kerth
Frau Kathrin Meyer
Frau Ricarda Rumpel
Frau Dörte Heinrich
Frau Christine Braun
Herr Bastian Köhler
Frau Manuela Redlich
Herr Hannes Arndt

Landrat
1. Stellv. d. Landrates, Beigeordnete
2. Stellv. d. Landrates, Beigeordnete
Beigeordnete
Gleichstellungsbeauftragte
SB Kreistagsangelegenheiten
SB Kreistagsangelegenheiten
SB Kreistagsangelegenheiten

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Herr Ernst Branse
Herr Aurel Hagen
Frau Petra Harder
Herr Thomas Huth
Herr Hendrik Lastovka

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 21. Juli 2025
5. Information des Kreistagspräsidenten
6. Bericht des Landrates
7. Anfragen der Kreistagsmitglieder
8. Entscheidung gemäß § 36 Absatz 1 Satz 2 LKWG M-V über den Einspruch der Frau Sigrid Batke gegen die Gültigkeit der Landratswahl vom 11. und 25. Mai 2025 BV/4/0134
9. Entscheidung gemäß § 36 Absatz 1 Satz 2 LKWG M-V über den Einspruch des Herrn Jörg Herrmann gegen die Gültigkeit der Landratswahl vom 11. und 25. Mai 2025 BV/4/0135
10. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Kreisausschusses vom 22. September 2025 über die Verlängerung der Laufzeit des Finanzierungsvertrags zum ÖPNV zwischen dem Landkreis und der Hansestadt Stralsund BV/4/0127/2
11. Strategie für Gesundheitsförderung und Prävention des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/4/0122
12. Gründung eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) durch die Kommunalgemeinschaft Euroregion Pomerania e. V. BV/4/0126
13. Auflösung und Liquidation der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH BV/4/0119

- | | | |
|-------|---|-----------|
| 14. | 1. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH | BV/4/0128 |
| 15. | Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich der Eingliederungshilfe des Fachdienstes Soziales im Haushaltsjahr 2025 | BV/4/0125 |
| 16. | Zustimmung zu außerplanmäßigen Auszahlungen für die Straßenbaumaßnahme an der Kreisstraße RÜG 7 im Bereich Thesenvitz - Patzig für das Haushaltsjahr 2025 | BV/4/0131 |
| 17. | Eckpunkte zum Haushalt 2026 | I/4/0011 |
| 18. | Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, SPD, B`90/DieGrünen + Die PARTEI: "Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen" | A/4/0081 |
| 19. | Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des Gutachterausschusses" | A/4/0082 |
| 20. | Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Durchführung regelmäßiger Dunkelfeldbefragungen für Mecklenburg-Vorpommern" | A/4/0083 |
| 21. | Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Aussetzung aller laufenden und geplanten Windkraftvorhaben im Landkreis Vorpommern-Rügen" | A/4/0084 |
| 22. | Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Prüfung zur Einführung eines jährlich stattfindenden Erste-Hilfe-Kurses ab der 7. Jahrgangsstufe an allen weiterführenden Schulen im Landkreis Vorpommern-Rügen" | A/4/0085 |
| 22.1. | Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE + Die PARTEI zu A/4/0085 | A/4/0091 |
| 23. | Antrag der Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+: "Auswirkungen der geplanten Neuregelung der Kindertagesstättenfinanzierung in Mecklenburg-Vorpommern - Sicherung der Kita-Vielfalt und - Erreichbarkeit im Landkreis" | A/4/0086 |
| 24. | Antrag der Kreistagsfraktion SPD: "Prüfung zur Verbesserung des Schülerverkehrs im Landkreis" | A/4/0087 |
| 25. | Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: „Kommunalen Bankrott verhindern - Appell zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit“ | A/4/0089 |
| 26. | Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, CDU+: "Erhalt der Geburtshilfe in Stralsund - Solidarität mit den Beleghebammen im Krankenhaus Stralsund" | A/4/0090 |
| 27. | Mitteilungen | |

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kreistagspräsident Kuhn eröffnet die 7. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag Vorpommern-Rügen mit 57 von 69 anwesenden Kreistagsmitgliedern beschlussfähig ist.

Herr Kreistagspräsident Kuhn weist auf die Möglichkeit des Widerspruches bzgl. der Aufzeichnung bzw. der Übertragung von Redebeiträgen hin.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Kreistagspräsident Kuhn weist darauf hin, dass von den öffentlichen Sitzungen des Kreistages Film- und Tonaufnahmen angefertigt werden, die live ins Internet gestellt werden. Daher bittet er an der Fragestunde für Einwohner/innen teilnehmende Personen und sonstige Dritte, die weder in Ausübung eines Mandates als Mitglied des Kreistags noch im Rahmen eines Dienstverhältnisses zum Landkreis an der Sitzung teilnehmen, eine schriftliche Einwilligung zur Übertragung oder Aufzeichnung des Redebeitrages beim Kreistagsbüro abzugeben. Sofern keine Einwilligung vorliegt, wird die Übertragung unterbrochen.

Herr Harenberg, Einwohner aus Ahrenshoop, fragt den Landrat, ob er für Bürgernähe und Transparenz stehe.

Herr Landrat Dr. Kerth antwortet, dass jeder gewählte Vertreter für Bürgernähe und Transparenz stehen sollte.

Des Weiteren erfragt **Herr Harenberg**, warum die von ihm am 21. Juli 2025 im Kreistag gestellte Anfrage noch nicht beantwortet wurde.

Herr Landrat Dr. Kerth stellt klar, dass er die Anfragen, die Herr Harenberg per E-Mail stelle, nicht persönlich beantworte. **Herr Landrat Dr. Kerth** könne aufgrund der enormen Menge an Anfragen, die Herr Harenberg stellt, nicht mit Gewissheit sagen, ob diese Frage tatsächlich unbeantwortet geblieben sei.

Die Frage vom 21. Juli 2025 sei von Frau Meyer aufgegriffen und umfunktioniert worden, so **Herr Harenberg**. In einer weiteren Anfrage aus August 2025 habe **Herr Harenberg** nochmals darum gebeten, die Frage vom 21. Juli 2025 zu beantworten. Auch diese Frage blieb unbeantwortet. Daher fragt **Herr Harenberg**, wann er mit einer Antwort rechnen könne.

Herr Landrat Dr. Kerth sehe sich aufgrund der Menge an Beanstandungen, die Herr Harenberg vorbringe, außer Stande, eine qualifizierte Antwort zu geben.

Herr Harenberg bittet den Landrat, einzuordnen, ob er 847.000 EUR Steuergelder für wenig, viel oder sehr viel halte.

Herr Landrat Dr. Kerth bezweifelt die Ernsthaftigkeit der Frage und beantwortet diese nicht.

Außerdem fragt **Herr Harenberg**, wieso 847.000 EUR an Fördergeldern für Planungskosten ausgegeben wurden, obwohl sowohl das Innenministerium als auch der Landkreis von einer zugrunde liegenden Straftat wussten, in der Herr Heinke der Hauptbeschuldigte sei.

Herr Landrat Dr. Kerth stellt die Behauptungen von Herrn Harenberg in Abrede.

Herr Liebig, Einwohner aus Stoltenhagen, bezieht sich auf eine wasserrechtliche Erlaubnis und fragt den Landrat, warum diese nur befristet erteilt wurde.

Herr Landrat Dr. Kerth bittet Herrn Liebig darum, seine Fragen schriftlich an ihn zu richten, sodass er eine qualifizierte Antwort geben könne.

Außerdem fragt **Herr Liebig**, wie man im Landkreis mit defekten und irreparablen Windrädern verfährt.

Herr Landrat Dr. Kerth stellt klar, dass er keine tiefgreifenden Kenntnisse über diese Thematik habe. Die Windräder werden nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigt. Teil dieser Genehmigung seien auch Rückbauverpflichtungen, mit denen auch indirekt die Entsorgung geregelt sei. Es sei möglich, so **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass dies bei älteren Windkraftanlagen noch nicht berücksichtigt worden sei. Letztendlich sei der Landkreis nicht die zuständige Entsorgungsbehörde für Windkraftanlagen. Die Zuständigkeit läge hier bei den Landesämtern.

Weitere Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Kreistagspräsident Kuhn informiert, dass zwei Dringlichkeitsanträge vorliegen.

Herr Heinke begründet die Dringlichkeit des Antrags.

Herr Kreistagspräsident Kuhn weist darauf hin, dass die Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 107 Abs. 4 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) der Mehrheit aller Kreistagsmitglieder (35 Ja-Stimmen) bedarf.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die Aufnahme des Dringlichkeitsantrags der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: „Kommunalen Bankrott verhindern - Appell zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit“ der Kreistagsfraktion CDU+ auf die Tagesordnung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt mit 38 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und einer Enthaltung der Erweiterung der Tagesordnung zu.

Frau Brüdgam begründet die Dringlichkeit des Antrags.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die Aufnahme des Dringlichkeitsantrags der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, CDU+: "Erhalt der Geburtshilfe in Stralsund - Solidarität mit den Beleghebammen im Krankenhaus Stralsund" auf die Tagesordnung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt mit 45 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und einer Enthaltung der Erweiterung der Tagesordnung zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die erweiterte Tagesordnung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt der erweiterten Tagesordnung mehrheitlich zu.

4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 21. Juli 2025

Fragen, Anmerkungen oder Ergänzungswünsche zur Niederschrift über die 6. Sitzung des Kreistag Vorpommern-Rügen vom 21. Juli 2025 werden nicht vorgetragen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen nimmt die Niederschrift vom 21. Juli 2025 zur Kenntnis.

5. Information des Kreistagspräsidenten

Herr Kreistagspräsident Kuhn gibt die Beschlüsse des nichtöffentlichen Sitzungsteil der letzten Kreistagssitzung bekannt.

6. Bericht des Landrates

Herr Landrat Dr. Kerth kündigt bezüglich der Einwohnerfragestunde an, dass die Entsorgung von Windkraftanlagen im Umweltausschuss proaktiv aufgegriffen werde.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert in Bezug auf den Berufsschulcampus, dass die Hansestadt Stralsund die Baugenehmigung für das Haus der Wirtschaft erteilt habe und das Bauvorhaben auch weiterhin gut vorangehe.

Man könne zum Thema Boddenklinik keine Entwarnung geben, so Herr Landrat Dr. Kerth. Es ist davon auszugehen, dass man im nächsten Jahr keine Trendwende erfahren werde. Man habe einen neuen Geschäftsführer gefunden und diesen bereits vertraglich gebunden. Herr Heise begleite die Prozesse bereits seit dem 10. Oktober 2025 und werde ab dem 1. Januar 2026 als Geschäftsführer eingesetzt.

Es habe vor zwei Jahren einen Gesetzesvorstoß der Bundesregierung bezüglich des Chancenaufenthaltsgesetzes gegeben, so Herr Landrat Dr. Kerth. Dieses solle Asylbewerbern mit ungeklärter Identität den Übergang in den legalen Status erleichtern. Man habe schon damals vor Regelungslücken im Gesetz gewarnt und darauf hingewiesen, dass dieses Gesetz dazu führen könne, dass man Menschen finanziere, die den Spurwechsel in den legalen Status nicht schaffen. Nun sehe man, so Herr Landrat Dr. Kerth, dass genau diese Fälle eintreten und der Kreis hierfür, anders als in anderen Bundesländern, enorme Kosten zu tragen habe. Hier gebe es Nachbesserungsbedarf. Da es sich hierbei um Landesrecht handle, werde man dies im Landkreistag und den entsprechenden Gremien anbringen.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass die Bürgergeldreform auf Bundesebene ein Schritt in die richtige Richtung sei. Nach ersten Einschätzungen der Mitarbeitenden im Eigenbetrieb Jobcenter sei jedoch zu bezweifeln, dass die Reform zu einer großen Veränderung führe.

Herr Landrat Dr. Kerth bedankt sich bei allen Ehrenamtlern, welche bei der Ausrichtung der Sail-GP in Sassnitz mithalfen.

Herr Landrat Dr. Kerth teilt bezüglich der Eventin mit, dass er sich mit einem Schreiben an den Bundesfinanzminister gewendet habe, um das, was er im vergangenen Kreistag über die Eventin berichtet habe, bestätigt zu bekommen. Auf dieses

Schreiben gebe es bisher keine Antwort.

Im Zuge der Vergabe im Bereich Rettungsdienst habe man sich für das sogenannte Bereichsausnahmeverfahren entschieden. Dadurch falle das Vergabeverfahren weniger komplex aus, so **Herr Landrat Dr. Kerth**. Man befinde sich inmitten des Verfahrens und gehe davon aus, dass der Zuschlag im Dezember 2025 erteilt werden könne.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert abschließend über den Antrag zum Thema Wasserspender an Schulen aus dem vergangenen Kreistag. Dieser enthalte nach seiner Auffassung keine ausreichende Deckungsquelle und habe sich nach eingehender Prüfung insbesondere aus hygienischen Gründen als nicht umsetzbar herausgestellt. Wie **Herr Landrat Dr. Kerth** bereits im Kreisausschuss mitteilte, hätte er dem Antrag eigentlich formal widersprechen müssen. Trotzdem sei der Vorstoß grundsätzlich vernünftig. Langfristig nehme man sich vor, Wasserspender an Schulen zu installieren, sofern man sie baulich verändert bzw. renoviert oder neu baut.

7. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Herr Kreistagspräsident Kuhn stellt fest, dass zum gegebenen Zeitpunkt 64 Kreistagsmitglieder anwesend sind.

Herr Scharmberg berichtet über zu hohe Preise sowie steigende Insolvenzzahlen im Gastgewerbe in Mecklenburg-Vorpommern und fragt, wie man als Landkreis, insbesondere in Zusammenarbeit mit der Abteilung Wirtschaftsförderung und der Mitgliedschaft im Tourismusverband, dafür sorgen könne, dass die Region weiterhin für Touristen attraktiv bleibe, ohne dass dabei das Gastgewerbe zugrunde gehe.

Herr Landrat Dr. Kerth bedankt sich für den Hinweis und werde diesen mitnehmen.

Herr Klein fragt, warum die meisten Bundes- und Landtagsabgeordneten unintelligent wären. Zumal diese eine enorme Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgern/innen haben, da sie unter anderem für Straßen, Schulen und Krankenhäuser zuständig seien.

Herr Zenker erfragt, wann mit der Rückerstattung der von den Gemeinden verauslagten Mittel für kritische Infrastruktur zu rechnen sei, welche Umstände zu der Verzögerung führten und in welcher Form die betroffenen Gemeinden über den weiteren Ablauf unterrichtet werden.

Weiterhin berichtet **Herr Zenker**, dass zur Zeit des ehemaligen Landkreises Rügen Verpflegungskosten für Feuerwehrleute während der Ausbildung und der Lehrgänge vom Landkreis übernommen wurden. Nach der Kreisgebietsreform wurde diese Praktik eingestellt. **Herr Zenker** fragt den Landrat, wie er diesen Umstand bewerte und ob es seitens des Landkreises Vorpommern-Rügen Überlegungen gebe, dies wieder einzuführen bzw. ähnliche Regelungen zu treffen.

Man sei hinsichtlich der Rückerstattungen in engem Kontakt mit den Gemeinden, so **Herr Landrat Dr. Kerth**.

Das Thema bezüglich der Verpflegung der Feuerwehrleute werde **Herr Landrat Dr. Kerth** mitnehmen.

Herr Schilke fragt, warum auf der B 105 zwischen Stralsund und Martensdorf die Geschwindigkeit von 100 km/h auf 80 km/h und in Pantelitz von 70 km/h auf 60 km/h reduziert wurde.

Herr Landrat Dr. Kerth sagt, dass der Wunsch, auf Teilen dieser Strecke die Geschwindigkeit zu reduzieren, aus der Bevölkerung kam.

Herr Heinke nimmt Bezug auf die Anfrage von Herrn Scharmberg und fragt an, ob der Landrat seinen Kontakt zum Wirtschaftsministerium nutzen könne, um den Wirtschaftsminister nach Grimmen zu einem Bürgerdialog einzuladen.

Herr Landrat Dr. Kerth hält den Vorschlag von Herrn Heinke für eine gute Idee und könne sich gut vorstellen, dass der Wirtschaftsminister dieser Anfrage nachkommen werde.

Herr Glawe bezieht sich auf den Redebeitrag von Herrn Klein und merkt an, dass Wahlen ein Grundrecht seien und ruft dazu auf, sich eingehend mit dem Grundgesetz zu befassen.

Herr Kegel weist darauf hin, dass man aktuell lange auf die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen warten müsse. **Herr Kegel** fragt, ob abzusehen sei, wann dies ein Ende habe und ob es sich auf die Qualität der Antworten auswirke.

Herr Landrat Dr. Kerth teilt mit, dass das Anfragevolumen vermehrt größer werde. Es sei bereits jetzt das Anfrageaufkommen vom vergangenen Jahr erreicht worden. Man habe schlicht nicht ausreichend Kapazitäten, um die Menge an Anfragen zu bewältigen. **Herr Landrat Dr. Kerth** stellt klar, dass dahinter keine böse Absicht stecke. Die Mitarbeitenden, die für die Beantwortung der Anfragen zuständig seien, achten darauf, die Anfragen ausführlich und auf hohem Niveau zu beantworten. Eine Beschleunigung dieses Prozesses würde dazu führen, dass die Qualität der Antworten abnehme.

Laut Kommunalverfassung darf der Antragsteller im Zuge der Einbringung eines Dringlichkeitsantrages nur die Dringlichkeit und nicht den Antrag selbst begründen, so **Herr Naulin**. Daher sei es nur demokratisch, wenn das Präsidium auch Gegenreden zur Dringlichkeitsbegründung zulasse. Da das Präsidium keine Gegenrede zuließ, fragt **Herr Naulin**, ob dies absichtlich geschah oder ob man bei Dringlichkeitsbegründungen generell keine Gegenrede zulasse.

Herr Kreistagspräsident Kuhn antwortet, dass man aufgrund der ohnehin umfangreichen Tagesordnung die Dringlichkeitsbegründung nicht diskutieren ließ, um Zeit zu sparen.

Des Weiteren fragt **Herr Naulin** den Landrat, warum er auf die Fragen von Herrn Harenberg nicht geantwortet habe, zumal man diese mit Ja oder Nein hätte beantworten können.

Herr Landrat Dr. Kerth sagt, dass er nicht geantwortet habe, weil er die Absicht der Fragen bezweifle.

Herr Glawe merkt an, dass man im Zuge der Dringlichkeitsbegründung auch eine Gegenrede zulassen sollte.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

8. **Entscheidung gemäß § 36 Absatz 1 Satz 2 LKWG M-V über den Einspruch der Frau Sigrid Batke gegen die Gültigkeit der Landratswahl vom 11. und 25. Mai 2025**
Vorlage: BV/4/0134
-

Herr Latendorf verkündet, dass sich die Kreistagsfraktion DIE LINKE bei der Abstimmung enthalten werde, da es bei der Fraktion Unsicherheiten bezüglich der Begründung der Beschlussvorlage gebe.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Einspruch der Frau Sigrid Batke vom 11. Juni 2025 gegen die Gültigkeit der Landratswahl im Landkreises Vorpommern-Rügen vom 11. und 25. Mai 2025 wird als unbegründet zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei Sieben Enthaltungen zugestimmt

9. **Entscheidung gemäß § 36 Absatz 1 Satz 2 LKWG M-V über den Einspruch des Herrn Jörg Herrmann gegen die Gültigkeit der Landratswahl vom 11. und 25. Mai 2025 - Vorlage: BV/4/0135**
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Frau Meyer Ernennet Herrn Dr. Kerth zum Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Einspruch des Herrn Jörg Herrmann vom 11. Juni 2025 gegen die Gültigkeit der Landratswahl im Landkreises Vorpommern-Rügen vom 11. und 25. Mai 2025 wird als unbegründet zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei Sieben Enthaltungen zugestimmt

10. **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Kreisausschusses vom 22. September 2025 über die Verlängerung der Laufzeit des Finanzierungsvertrags zum ÖPNV zwischen dem Landkreis und der Hansestadt Stralsund**
Vorlage: BV/4/0127/2
-

Es besteht kein Redebedarf.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Kreisausschusses vom 22. September 2025 über die Verlängerung der Vertragslaufzeit des anliegenden Vertrages über die Finanzierung von Maßnahmen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Hansestadt Stralsund im Landkreis Vorpommern-Rügen um drei Monate vom 1. Oktober 2025 bis zum 31. Dezember 2025.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

11. Strategie für Gesundheitsförderung und Prävention des Landkreises Vorpommern-Rügen - Vorlage: BV/4/0122

Die vorliegende Strategie für die Gesundheitsförderung und Prävention sei ein sehr wichtiger Schritt, so **Frau Brüdgam**. Gesundheit sei eine Frage sozialer Gerechtigkeit und damit eine politische Aufgabe. Allerdings werden Diversität, Inklusion und Geschlechtergerechtigkeit nicht ausreichend in der Strategie berücksichtigt. **Frau Brüdgam** bittet, die genannten Punkte künftig mit in die Strategie aufzunehmen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Annahme der Strategie für Gesundheitsförderung und Prävention und beauftragt die Verwaltung jährlich über den Stand der Umsetzung der Strategie in den Ausschüssen und im Kreistag zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

**12. Gründung eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) durch die Kommunalgemeinschaft Euroregion Pomerania e. V.
Vorlage: BV/4/0126**

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die von ihm in die Mitgliederversammlung der Kommunalgemeinschaft Euroregion Pomerania e. V. entsandten Vertreter im Rahmen der Mit-

gliederversammlung am 4. Dezember 2025 der Gründung eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**13. Auflösung und Liquidation der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH
Vorlage: BV/4/0119**

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beauftragt den Landrat als Gesellschaftsvertreter auf einer nachfolgenden Gesellschafterversammlung einen Beschluss zur Auflösung und Liquidation der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH zum 31.12.2025 zu fassen.

Der Kreistag beauftragt den Landrat, das Verfahren bei der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

14. 1. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH - Vorlage: BV/4/0128

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die 1. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**15. Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich der Eingliederungshilfe des Fachdienstes Soziales im Haushaltsjahr 2025
Vorlage: BV/4/0125**

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich der Eingliederungshilfe des Fachdienstes Soziales i. H. v. 2.792.000 EUR im Haushaltsjahr 2025 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

16. **Zustimmung zu außerplanmäßigen Auszahlungen für die Straßenbaumaßnahme an der Kreisstraße RÜG 7 im Bereich Thesenvitz - Patzig für das Haushaltsjahr 2025**
Vorlage: BV/4/0131
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern - Rügen stimmt außerplanmäßigen Auszahlungen für die Straßenbaumaßnahme an der Kreisstraße RÜG 7 im Bereich Thesenvitz - Patzig i. H. v. 926.690,99 EUR im Haushaltsjahr 2025 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

17. **Eckpunkte zum Haushalt 2026 - Vorlage: I/4/0011**
-

Herr Landrat Dr. Kerth stellt die Eckpunkte des Haushalts 2026 vor.
(siehe Anlage: PPP_Eckpunkte Haushalt)

Herr Heinke merkt an, dass die Eckpunkte des Haushalts ein Warnsignal für den Landkreis und die gesamte kommunale Ebene seien. Der Landkreis sei aufgrund fehlender Mittel vom Land und Bund strukturell unterfinanziert. Man brauche dringend eine Reform des Finanzausgleichsgesetzes, so Herr Heinke.

Herr Leipold sagt, dass es beim Landkreis ein großes Automatisierungspotenzial gebe, welches bisher noch unausgeschöpft sei. Dies sei der eigentliche Kern der derzeitigen Haushaltsschieflage des Landkreises.

Herr Landrat Dr. Kerth stimmt Herrn Leipold zu. Er sehe deutliche Einsparpotenziale im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz und Chat-GPT. Dies in Prozesse einzubinden sei jedoch wesentlich komplizierter, als man denke. Herr Landrat Dr. Kerth bezweifle, dass man damit ein Haushaltsdefizit von über 90 Mio. EUR bereinigen könne.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen nimmt die Eckpunkte zum Haushalt 2026 zur Kenntnis.

**18. Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, SPD, B`90/DieGrünen + Die PARTEI:
"Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen"
Vorlage: A/4/0081**

Frau Kassner begründet den Antrag.

Herr Heinke verkündet, dass die Kreistagsfraktion CDU+ den Antrag ablehnen werde, weil dieser inhaltlich unbegründet und organisatorisch nicht sinnvoll sei. Der Kreistag habe sich im vergangenen Jahr bewusst und aus guten Gründen dafür entschieden, die Stelle des vierten Beigeordneten zu schaffen. Es sei auch nach wie vor sinnvoll, diese Stelle beizubehalten, so **Herr Heinke**. Der Fachbereich stehe für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung, sprich für Themen, die maßgeblich die Zukunftsfähigkeit des Landkreises bestimmen.

Der Antrag sei aus Sicht der Kreistagsfraktion AfD ein Schaufensterantrag, so **Herr Braum**. Die Begründung laufe ins Leere, da die Stelle des vierten Beigeordneten aktuell unbesetzt sei. Daher spare man mit diesem Antrag kein Geld für den Haushalt 2026 ein.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die in der Anlage 1 beigefügte 16. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

19. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des Gutachterausschusses" - Vorlage: A/4/0082

Frau Quintana Schmidt begründet den Antrag.

Herr Schilke sagt, dass der Antrag so wirke, als ob man dem Landrat nicht mehr vertraue. Die Geschäftsstelle sei eine pflichtige Aufgabe. Sofern man der Auffassung sei, dass der Landrat dafür verantwortlich sei, dass die Stelle unbesetzt ist, so sei eine Dienstaufsichtsbeschwerde sinnvoller als dies im Kreistag zu besprechen, so **Herr Schilke**.

Es sei nicht abzustreiten, dass es Fehlstellungen aufgrund von nicht abgearbeiteten Rückständen gebe, so **Herr Landrat Dr. Kerth**. Eine Stelle sei bereits besetzt und die weiteren Stellenbesetzungen befänden sich in der Finalisierung. Daher sei er sehr optimistisch, dass diese Fehlstellung zeitnah beseitigt sein werde.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern - Rügen möge beschließen:

1. Der Landrat wird beauftragt, die Arbeitsfähigkeit der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses zeitnah und vollumfänglich sicherzustellen. Gegebenenfalls muss es Krankheitsvertretungen geben.
2. Dabei soll auch beachtet werden, dass der vorhandene Bearbeitungsrückstau schnellstmöglich abgebaut werden muss.
3. Der Kreistag ist über das Ergebnis und die eingeleiteten Maßnahmen über den Hauptausschuss zu informieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

20. Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Durchführung regelmäßiger Dunkelfeldbefragungen für Mecklenburg-Vorpommern" - Vorlage: A/4/0083

Herr Dias Rodrigues begründet den Antrag.

Herr Griwahn könne die Sorgen der AfD-Kreistagsfraktion nachvollziehen. Jedoch könne die Kreistagsfraktion CDU+ dem Antrag nicht zustimmen, da der Antrag vorsehe, die Ergebnisse der Dunkelfeldbefragung zu veröffentlichen. Das Dunkelfeld sei ein strategisches Hilfsmittel, welches zur Aufklärung des Hellfeldes diene, weshalb es nicht veröffentlicht werden sollte.

Frau Hegenkötter führt aus, dass der vorliegende Antrag durch eine rassistisch geprägte Agenda missbraucht werde. Man greife lediglich das diffuse Feld der Kriminalitätsfurcht heraus und verknüpfe dieses pauschal mit Migrantengruppen. Kriminalitätsfurcht sei ein subjektives Empfinden und hänge von verschiedenen Faktoren wie beispielsweise dem sozialen Umfeld und Medienberichten ab. Menschen würden sich oft verunsichert fühlen, obwohl es dafür objektiv keinen Grund gebe, so **Frau Hegenkötter**. Der Antrag instrumentalisieren diese Unsicherheit und sei daher abzulehnen. An den Dunkelfeldstudien aus den Jahren 2015 und 2018 sei zu erkennen, dass die Schwerpunkte bei den Delikten im Bereich Cybercrime, Sachbeschädigung und Betrug lägen. Auch ginge aus den Studien hervor, dass die Polizeiarbeit mehrheitlich als positiv bewertet worden wäre und dass das Sicherheitsgefühl der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls positiv bewertet worden sei.

Herr Kegel merkt an, dass die Ergebnisse der Dunkelfeldbefragung zum heutigen Zeitpunkt anders ausfielen als noch 2015/2018. Außerdem weist **Herr Kegel** darauf hin, dass in der Begründung des Antrages gefordert wird, die Ergebnisse der Dunkelfeldbefragung zu veröffentlichen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern dafür einzusetzen, dass diese regelmäßige Dunkelfeldbefragungen zu Sicherheit und Kriminalität in Mecklenburg-Vorpommern durchführen lässt und deren Ergebnisse veröffentlicht. Die Befragungen sollen so konzipiert sein, dass repräsentative Ergebnisse auf Ebene jeden Landkreises und jeder kreisfreien Stadt vorliegen. Inhaltlich soll insbesondere auch Kriminalitätsfurcht und das persönliche Schutz- und Vermeideverhalten der Bevölkerung mit Blick auf Gewaltkriminalität behandelt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

21. Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Aussetzung aller laufenden und geplanten Windkraftvorhaben im Landkreis Vorpommern-Rügen" - Vorlage: A/4/0084

Herr Zorn begründet den Antrag.

Herr Zenker bezeichnet den Antrag als Moratorium für alle Windkraftanlagen. Durch den Antrag entziehe man allen Gemeinden gleichermaßen die Möglichkeit, selbst darüber zu entscheiden, ob Windkraftanlagen für sie sinnvoll wären oder nicht. Außerdem merkt Herr Zenker an, dass der Landkreis ohnehin nicht die Befugnis besitze, über bundesgesetzliche Verfahren zu entscheiden.

Frau Hegenkötter sagt, dass dieser Antrag nicht zielführend sei. Der regionale Planungsverband entscheide nicht über den Bau einzelner Windräder, sondern über die Ausweisung von Vorranggebieten. Würde man das Vorhaben wie von der AfD-Kreistagsfraktion gefordert stoppen, würde dies erst recht zu Wildwuchs von Windkraftanlagen führen, weil dann keine Planungssicherheit bestünde.

Herr Niehaus betont, dass die Kreisverwaltung nicht für die Genehmigung der Windkraftanlagen zuständig sei. Der Regionale Planungsverband bestimme lediglich die Vorranggebiete, um Planungssicherheit zu schaffen und Wildwuchs zu verhindern. Herr Niehaus merkt an, dass viele Gemeinden Windkraftprojekte befürworten, da sie damit erhebliche Einnahmen erzielen können.

Frau Dr. Kannengießer gibt zu bedenken, dass Mecklenburg-Vorpommern bereits jetzt mehr Strom produziere, als es selbst verbrauchen könne. Daher solle man den regionalen Planungsverband zunächst die Ergebnisse der naturschutzrechtlichen Bewertung sowie der Bürgerbeteiligung auswerten lassen, bevor weitere politische Schritte eingeleitet würden.

Herr Zorn weist darauf hin, dass im sächsischen Landkreis Borna bereits ein ähnlich lautender Antrag beschlossen wurde.

Herr Landrat Dr. Kerth erklärt, dass er den Antrag der Kreistagsfraktion AfD zunächst missverstanden habe. Im Rahmen der Diskussion habe sich nun herausgestellt, dass es ein grundlegendes Missverständnis über die geltende Rechtslage gebe. Herr Landrat Dr. Kerth stellt klar, dass sowohl im Landes- als auch im Bundesrecht Gesetze in Kraft getreten wären, die verbindliche Regelungen enthalten. Der Land-

kreis sei dadurch verpflichtet, bis 2027 1,4 % seiner Fläche als geeignete Gebiete für Windkraftanlagen auszuweisen. Dies sei auch notwendig, so **Herr Landrat Dr. Kerth**, um unkontrollierten Wildwuchs zu verhindern.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

Der Landkreis Vorpommern-Rügen wird aufgefordert, beim zuständigen Planungsverband ein Moratorium für alle laufenden und geplanten Windkraft-Vorhaben im Kreisgebiet zu beantragen.

Dieses Moratorium soll gelten, bis folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Auf Landesebene ist die Gesetzgebung zum Landesplanungsgesetz abgeschlossen.
2. Auf Bundesebene ist die Evaluation des „Windenergieflächenbedarfsgesetzes“ (Flächenziele 1,3% bis 2027, 2 % bis 2032) abgeschlossen und die Ergebnisse liegen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

22. Antrag der Kreistagsfraktion AfD: "Prüfung zur Einführung eines jährlich stattfindenden Erste-Hilfe-Kurses ab der 7. Jahrgangsstufe an allen weiterführenden Schulen im Landkreis Vorpommern-Rügen" - Vorlage: A/4/0085

Herr Wessel begründet den Antrag.

Frau Kümpers stellt einen Änderungsantrag und begründet diesen. Gleichzeitig stellt **Frau Kümpers** den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie den Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

Frau Brüdgam erklärt, dass der Antrag die Eigenverantwortung der Schulen einschränke. Außerdem gebe es bereits erfolgreiche Modellprojekte zur Ersten Hilfe an Schulen, welche den Schulen freiwillige und flexible Gestaltungsmöglichkeiten ließen.

Frau Präkel führt aus, dass Schule eine Landesaufgabe sei und der Landkreis weder die Befugnis habe, Unterrichtsfächer einzuführen, noch verbindliche Unterrichtsinhalte festzulegen. Außerdem wolle der Antrag den Rettungsdiensten eine Aufgabe aufzwingen, die nicht pflichtig sei und die aufgrund von fehlenden Kapazitäten ohnehin nicht von ihnen wahrgenommen werden könne. Weiterhin, so **Frau Präkel**, gebe es bereits erfahrene Träger wie das DRK oder die Johanniter, die regelmäßig solche Erste-Hilfe-Kurse anbieten würden. Die Kreistagsfraktion CDU+ sehe den Änderungs- und Verweisungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNEN + DIE PARTEI dennoch als sinnvoll an.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE + DIE PARTEI und dessen Verweisung in den Ausschuss.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag sowie die Verweisung mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den ursprünglichen Antrag.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit der Eigenbetrieb Rettungsdienst die personellen und organisatorischen Kapazitäten zur Durchführung jährlich wiederkehrender Erste-Hilfe-Kurse ab der 7. Jahrgangsstufe an allen weiterführenden Schulen des Landkreises bereitstellen kann.

Weiterhin ist zu prüfen, welche Kosten für den Landkreis entstehen und ob hierfür Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene zur Verfügung stehen. Zudem soll ermittelt werden, wie eine enge Abstimmung mit den Schulen erfolgen kann, um die organisatorische Einbindung im Schulalltag sicherzustellen, und ob eine einheitliche Kursstruktur mit den grundlegenden Maßnahmen der Ersten Hilfe, wie stabile Seitenlage, Herz-Lungen-Wiederbelebung und Verhalten bei Unfällen entwickelt und verbindlich umgesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

**22.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE + Die PARTEI zu A/4/0085
Vorlage: A/4/0091**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, ob die bisherigen Angebote zur Durchführung von Erste-Hilfe-Kursen an den weiterführenden Schulen des Landkreises ausreichend sind, bzw. welche Möglichkeiten es gibt, diese zu ergänzen. Dabei sind zunächst die Träger im Landkreis anzusprechen, die bereits Erste-Hilfe-Kurse anbieten oder die Möglichkeit haben, dies zu tun.

Die Prüfung soll auch notwendige Kosten und Fördermöglichkeiten umfassen. Die Ergebnisse der Prüfung sollen den Ausschüssen BKSA & SGA vorgelegt werden

23. Antrag der Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+: "Auswirkungen der geplanten Neuregelung der Kindertagesstättenfinanzierung in Mecklenburg-Vorpommern - Sicherung der Kita-Vielfalt und -Erreichbarkeit im Landkreis" - Vorlage: A/4/0086

Herr Scharmberg begründet den Antrag.

Frau Kindler bedankt sich für die Einbringung des Antrags und betont dessen Wichtigkeit.

Herr Zenker verweist auf den aktuellen Entwurf zur Neuregelung der Kitafinanzierung. Dieser berge die Gefahr, dass große Träger wie die AWO oder das DRK bevorzugt werden, da diese ihre Einrichtungen über andere Bereiche querfinanzieren könnten. Da dieser Entwurf jedoch noch lange nicht fertig sei, sei es laut **Herrn Zenker** am besten, wenn man den Antrag zunächst in den Ausschuss verweise. **Herr Zenker** stellt den Antrag auf Verweisung in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss.

Frau Graf betont, dass die Beitragsfreiheit notwendig sei, um Familien zu entlasten. Dabei sei es wichtig, darauf zu achten, dass dies nicht zu Lasten der Träger erfolgt. Bereits jetzt hätten diverse Träger davor gewarnt, dass ihre Arbeit durch die Neuregelung der Finanzierung gefährdet sei.

Frau Hegenkötter weist darauf hin, dass im Entwurf zur Neuregelung der Kitafinanzierung keine Ausdünnung der Trägerstruktur vorgesehen sei. Entsprechende Befürchtungen seien unbegründet, da weder im Kinderfördergesetz (KiföG) noch im Haushaltsbegleitgesetz entsprechende Regelungen enthalten seien. Ferner betont **Frau Hegenkötter**, dass alle relevanten Akteure, darunter auch Trägerverbände und Kommunen, bei Gesetzgebungsverfahren standardmäßig einbezogen würden. Der Antrag beruhe somit auf falschen Annahmen.

Herr Scharmberg betont, dass der Antrag darauf abziele, bestehende Unsicherheiten aufzugreifen und diese sachlich zu diskutieren. Es sei schließlich die Aufgabe des Kreistages, aufmerksam zu bleiben und die Landespolitik kritisch zu beobachten, damit Missstände früh erkannt und noch rechtzeitig behoben werden können.

Das Hauptproblem sei, so **Herr Glawe**, das Haushaltsbegleitgesetz, welches bereits im Dezember 2025 verabschiedet werde. In dieses Gesetz würden die Eckpunkte aufgenommen, aus denen sich dann die Finanzierung für die Kitas ergebe. Daher fordere die Kreistagsfraktion CDU+, dass es nach den Demonstrationen zum Einsatz eines Schlichters komme, der mit den Wohlfahrtsverbänden und der Regierung verhandle. Sollte das nicht funktionieren, müssen auch die Landkreise und kreisfreien Städte beteiligt werden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Verweisungsantrag.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Verweisungsantrag mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Antrag.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen stellt fest, dass die von der Landesregierung geplante Neuregelung der Kita-Finanzierung erhebliche Risiken für die Vielfalt und Stabilität der Trägerlandschaft birgt und damit die wohnortnahe Versorgung mit Kindertagesstätten gefährdet.
2. Der Kreistag erklärt, dass eine beitragsfreie Kita nur dann von tatsächlichem Nutzen für Familien ist, wenn gleichzeitig die Erreichbarkeit und Angebotsvielfalt vor Ort gesichert bleiben. Kostenfreiheit darf nicht zur Aushöhlung der Trägerstrukturen führen.
3. Der Kreistag unterstützt die freien und kommunalen Träger im Landkreis in ihrer Forderung nach einer auskömmlichen Finanzierung, die ihre Existenz langfristig sichert und qualitativ hochwertige Betreuung gewährleistet.
4. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, die Kommunen und freien Träger umfassend in die weitere Ausgestaltung des Gesetzgebungsverfahrens einzubeziehen und die tatsächlichen finanziellen Belastungen offen darzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

24. Antrag der Kreistagsfraktion SPD: "Prüfung zur Verbesserung des Schülerverkehrs im Landkreis" - Vorlage: A/4/0087

Herr Müller begründet den Antrag.

Herr Braum weist darauf hin, dass die Verwaltung viel Zeit und Kraft aufwende, um die Durchführung des Schülerverkehrs sicherzustellen. **Herr Braum** beantragt die Verweisung in den Mobilitätsausschuss, damit dieser über das Thema beraten könne, um anschließend dem Kreistag zu berichten.

Herr Jahns mahnt, dass die Umsetzung enorme Kosten verursachen würde, welche der Landkreis nicht tragen könne. **Herr Jahns** führt ein Beispiel aus dem Landkreis Ludwigslust-Parchim an. Dort hätten bereits Busse verkauft werden müssen, da sich der Haushalt in einer ähnlichen finanziellen Schieflage wie der Landkreis Vorpommern-Rügen befinde.

Sofern sich die Anwendung des Deutschlandtickets nicht extrem nachteilig für den Landkreis auswirken würde, hätte man die Forderungen der Antragsteller selber proaktiv in den Kreistag eingebracht, da man klar den Vorteil für die Kinder sehe, so **Herr Landrat Dr. Kerth**.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Verweisungsantrag.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Verweisungsantrag mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den ursprünglichen Antrag

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern Rügen möge beschließen

Der Landrat wird beauftragt folgende Sachverhalte zu prüfen:

1. welchen Mobilitätsvorteil, hinsichtlich des Schulweges, Schülerinnen und Schüler im Landkreis durch eine Erweiterung der Schülernetzkarte auf den Nahverkehr der Deutschen Bahn hätten.
2. welche Kosten durch einen Kooperationsvertrag mit der Deutschen Bahn entstehen würden.
3. welche rechtlichen Voraussetzungen nötig sind und welche Kosten für den Landkreis entstehen würden, um gegen einen Aufpreis, die Schülernetzkarte auf ein vollwertiges Deutschlandticket zu erweitern.

Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Kreistag und dem Mobilitätsausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

25. **Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: „Kommunalen Bankrott verhindern - Appell zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit“**
Vorlage: A/4/0089
-

Herr Heinke begründet den Antrag.

Herr Miraß erklärt, wie die Struktur des Finanzausgleiches aufgebaut sei. Diese folge den Grundsätzen der Gleichmäßigkeit, der Beteiligungsquote und der Konnexität. Herr Miraß erklärt, dass das Land mit ähnlichen strukturellen Herausforderungen wie der Kreis zu kämpfen habe. Daher sei es nicht richtig, mehr Geld vom Land zu fordern. In ganz Deutschland gebe es aufgrund schlechter wirtschaftlicher Entwicklungen, welche in Mecklenburg-Vorpommern zusätzlich durch den Zensus verstärkt seien, finanzielle Probleme auf allen staatlichen Ebenen. Daher fordert Herr Miraß zu mehr Eigenverantwortung auf.

Frau Zimmermann weist darauf hin, dass dem Kreis in den vergangenen Jahren neue und erheblich ausgeweitete Aufgaben von der Landesregierung auferlegt worden seien. Das Land finanziere diese Aufgaben nicht ausreichend, wodurch der Landkreis Pflichtaufgaben im übertragenen Wirkungskreis mit eigenen Mitteln finanzieren müsse. Dadurch, so Frau Zimmermann, resultieren strukturelle Defizite. Die im Antrag geforderte Aufstockung der Infrastrukturpauschale könne nur dann die Unterstützung der AfD-Kreistagsfraktion finden, sofern man die Flut an Ausgaben stoppe und die Finanzierung sicherstelle.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern nachdrücklich dafür einzusetzen, dass:

1. die kommunalen Finanzlasten nachhaltig reduziert werden,
2. das Finanzausgleichsgesetz (FAG M-V) sowie Leistungsgesetze, die zu für die Kommunen nicht tragbaren Finanzlasten führen, so angepasst wird, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit der Landkreise, Städte und Gemeinden dauerhaft gesichert bleibt,
3. die Finanzausgleichsmasse ab dem Haushaltsjahr 2026 durch eine Aufstockung aus Landesmitteln zur Stabilisierung der Schlüsselzuweisungen mindestens auf dem Niveau des Jahres 2025 verstetigt oder bedarfsgerecht erhöht wird,
4. eine auskömmliche Finanzierung der Landkreise im übertragenen Wirkungskreis gewährleistet wird, welche sicherstellt, dass bei diesen Vorfinanzierungslasten vermieden werden,
5. die Infrastrukturpauschale aus Landesmitteln wieder auf 150 Mio. Euro aufgestockt wird.

Der Kreistag begrüßt den Stopp des bisherigen Gesetzentwurfs zum Finanzausgleich ab 2026 und unterstützt eine Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden mit dem Ziel, ein Finanzausgleichssystem zu schaffen, das die Lasten fair zwischen Land, Landkreisen und Gemeinden verteilt und die kommunale Selbstverwaltung stärkt.

Zudem ist das Land aufgefordert, ein rigoroses Umsteuern bei den Leistungsgesetzen im Sozial- und Jugendbereich vorzunehmen. Dabei sind entweder die Ausgaben deutlich zu senken oder eine vollständige Ausfinanzierung durch Land und/oder Bund sicherzustellen.

Der Landrat wird beauftragt, diesen Beschluss den kommunalen Spitzenverbänden (Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern und Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern) zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

26. **Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, CDU+: "Erhalt der Geburtshilfe in Stralsund - Solidarität mit den Beleghebammen im Krankenhaus Stralsund" - Vorlage: A/4/0090**
-

Frau Brüdgam begründet den Antrag.

Herr Schilke kritisiert die Formulierung der Beschlussvorlage. **Herr Schilke** beantragt die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Frau Kannengießer äußert Unverständnis darüber, warum der Antrag in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit verwiesen werden solle, zumal dieses Thema dort bereits mit Hebammen besprochen wurde.

Frau Meyer weist darauf hin, dass der Landkreis bereits Geld in den Haushalt eingestellt habe, um die Beleghebammen mit ihren Versicherungsbeiträgen zu unterstützen.

Frau Brüdgam stellt klar, dass die Hebammen die Zusammenarbeit mit dem Landkreis loben würden. Der Antrag zielle darauf ab, politisch Stellung zu beziehen und sich solidarisch an der Seite der Hebammen zu zeigen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Verweisungsantrag.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Verweisungsantrag mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den ursprünglichen Antrag.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen erklärt:

Wir stehen solidarisch an der Seite der Beleghebammen am Helios Krankenhaus Stralsund und unterstützen deren Arbeit ausdrücklich.

Stralsund ist das einzige Krankenhaus im Kreis mit Geburtsstation; ohne eine funktionierende Beleghebammenversorgung ist diese Säule der Geburtshilfe akut gefährdet.

Wir fordern die Krankenhausleitung und den Träger auf, zeitnah alle notwendigen Schritte einzuleiten, um die wirtschaftliche Absicherung der Beleghebammen sicherzustellen - insbesondere angesichts der neuen Vergütungsregelungen ab November, die bundesweit als existenzgefährdend beurteilt werden.

Wir fordern die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf, die bestehenden Förderprogramme und Hilfsinstrumente unter den neuen Rahmenbedingungen zu prüfen und anzupassen, um Beleghebammen vor Ort zu stützen.

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit den Beleghebammen und der Krankenhausleitung kurzfristig einen lokalen Rettungsplan zu erarbeiten:

- Kostenanalyse aller entstehenden Mehrkosten und Einnahmeeinbußen
- Prüfung kommunaler Zuschüsse oder Brückenfinanzierungen

Wir fordern die Bundesregierung auf, die ab November geltenden Regelungen im Hebammenhilfevertrag nachzubessern, insbesondere:

- volle Vergütung für alle Leistungen bei 1:1 Betreuung
- Vergütung der Vor- und Nachbereitungszeiten
- keine unangemessenen Kürzungen bei Zuschlägen

Die Kreistagsfraktionen fordern die Landtagsabgeordneten des Kreises auf, das Thema im Landtag und Bundesrat zu vertreten.

Der Antrag wird im nächsten Gesundheits- und Sozialausschuss behandelt; über Fortschritte wird öffentlich berichtet

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

27. Mitteilungen

Herr Kreistagspräsident Kuhn teilt mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 15. Dezember 2025 stattfinde.

Er bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die 7. Sitzung des Kreistages um 20:38 Uhr.

10.11.2025, gez. Andreas Kuhn

Datum, Unterschrift
Andreas Kuhn
Kreistagspräsident

10.11.2025, gez. Bastian Köhler

Datum, Unterschrift
Bastian Köhler
Protokollführer

Informationsvorlage Eckpunkte zum Haushalt 2026

Kreistag: 13. Oktober 2025

Haushaltslage 2026

- das negative Jahresergebnis aus dem Haushaltsjahr 2025 setzt sich fort und verstetigt sich im Finanzplanungszeitraum 2027 bis 2029.



Strukturelle Unterdeckung bleibt bestehen - trotz einzelner Konsolidierungsschritte

daher:

- ohne tiefgreifende strukturelle Veränderungen auf Bundes- und Landesebene (u.a. insbesondere eine Aufgabenkritik in den Bereichen Jugend und Soziales auf Seiten der Bundes- und Landesgesetzgebung) ist mittelfristig keine Haushaltskonsolidierung erreichbar.

Haushaltslage 2026

- Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse und Inflation
→ erhöhter Druck auf die Personal- und Sachausgaben
- Kostensteigerungen in der Sozial- und Jugendhilfe
→ dynamischer Aufwuchs bei den Transferausgaben
- Baukosten- und Investitionsrisiken
→ Verzögerungen oder Mehrkosten bei großen Infrastrukturprojekten
- Kreisumlagepotenzial begrenzt durch die finanzielle Lage der Gemeinden
→ Einnahmesteigerungen über die KU kaum möglich
- KUhebesatz von 43,5 % berücksichtigt (2025: 42,09%)
- wenig beeinflussbare Ausgabenanteile
→ Spielraum auf der Ausgabenseite zunehmend ausgeschöpft

Weiterführung der Investitionen aus den Vorjahren 2026

- Umsetzung Standortkonzept Stralsund
- Breitbandausbau
- ÖPNV - (Busförderung)
- Investitionen in das Straßen- und Radwegenetz
- Investitionen Brand- und Katastrophenschutz
- Berufsschulcampus Stralsund
- Digitalisierung der Verwaltung

Investitionen HHJ 2026 (Stand 08.10.2025)

- Kreditbedarf Investitionskredite Landkreis VR: 49,797 Mio. EUR
(angenommene Kreditbedingungen :
nominal 3,5 % p.a., Laufzeit 20 Jahre)
- Zinsaufwendungen/-auszahlungen 2026 für Altkredite und
Neukredite einschl. offener Kreditermächtigungen aus 2024 und
2025) = 3,530 Mio. EUR.
- Tilgungen 2026 für Altkredite und Neukredite einschl. offener
Kreditermächtigung 2024 und 2025 = 5,671 Mio. EUR)

Stellenplan 2026

- Stellenkürzung um insgesamt 9,575 VZÄ (18,825 VZÄ Abbau und 9,250 VZÄ neu eingerichtet)
- Allgemeine Entwicklung im Land

Personal- u. Versorgungsaufwendungen							
in EUR	LRO	LUP	MSE	NWM	VG	VR	Ø
Ist 2024	78.857.709	90.694.051	89.378.225	59.778.507	89.123.481	78.293.349	81.020.887
Stellen in VZÄ	1.172,245	1.229,30	1.233,138	907,585	1.293,8864	1.095,368	1.155,253
in EUR/EW	360,44	423,49	360,78	380,37	375,76	362,18	377,17

Kreisumlage (Stand 08.10.2025)

- aktuell 43,50 % im Haushaltsplanentwurf
- inkl. Aufwuchs Schulsozialarbeit

Entwicklung Kreisumlagegrundlagen in TEUR

Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
300.399,2	312.821,4	308.426,3	324.523,6	330.876,3

Kreisumlage in TEUR

Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
126.438,1	136.077,3	134.165,4	141.167,8	143.931,2

- Finanzdatenerhebung bei den Gemeinden bis Ende September 2025
- Orientierungsdaten werden in der 48. KW erwartet

Kreisumlagenvergleich in M-V

Landkreis (LK)	Kreisumlage- grundlagen 2025 in TEUR	Kreisumlage- hebesatz 2025 in %	Kreisumlage 2025 in TEUR	Kreisumlage je EW in EUR
LK Mecklenburgische Seenplatte	355.472	43,294	153.898	621,62
LK Rostock	296.152	43,570	129.033	589,79
LK Vorpommern-Rügen	300.399	42,090	126.438	584,89
LK Nordwestmecklenburg	209.882	43,500	91.299	580,93
LK Vorpommern-Greifswald	320.471	48,500	155.428	687,19
LK Ludwigslust-Parchim	285.514	42,500	121.343	579,56
Gesamtsumme	1.767.890		777.440	
gewogener Kreisumlagehebesatz		43,976		609,64



für 2026 liegen noch keine Orientierungsdaten vor

Zusammenfassung derzeitiger Planungsstand

- Eingeflossen sind bereits:
 - akribische Prüfung aller Möglichkeiten einer Aufwandsreduzierung bzw. einer Ertragssteigerung
 - Priorisierung der Investitionsmaßnahmen unter Beachtung der benötigten Ressourcen
- Im Ergebnis dessen derzeit
 - im EHH 2026 unterjähriges Defizit von ca. 83,2 Mio. EUR
 - im FHH 2026 unterjähriges Defizit von ca. 96,2 Mio. EUR
- Beratungen mit den Mitgliedern der AG des HFA vom 06.10.2025 bis 9.10.2025 erfolgt

Ausblick

- 03.11.2025 bis 18.11.2025 Beratungen in den Fachausschüssen
- 19.11.2025 HFA (mit Kreisumlageabwägung)
- 24.11.2025 Kreisausschuss
- 15.12.2025 Beschlussfassung im KT
- HASIKO ab 2026 nach § 43 Abs. 7 KV-MV notwendig
- HASIKO wird ein strukturelles Defizit nicht ausgleichen
- HASIKO Beschluss durch den Kreistag erforderlich

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!